

# **Beschlussbuch LPT 10./11.11.23**

cvtx

23. November 2023

# Inhaltsverzeichnis

## **Verk Verkehr / Mobilität** 1

<b>2023/II/Verk/1 Mehr Verkehrssicherheit und Selbstständigkeit von Schüler*innen - Einrichtung von Schulstraßen und temporären Durchfahrtsverboten</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	1
<b>2023/II/Verk/2 Der Senat wird aufgefordert, mögliche Varianten für den Schienen- ausbau in der Region Hamburg breit zu prüfen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	2
<b>2023/II/Verk/4 Zuverlässiger und leistungsfähiger Regionalverkehr für Bergedorf und bis nach Rostock auch nach Einführung des €49-Tickets</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	3
<b>2023/II/Verk/6 Brückeninstandsetzung</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	4

## **Umw Umwelt / Energie** 5

<b>2023/II/Umw/1 Kennzeichnungspflicht für Pflanzen</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	5

## **Arb Arbeit** 6

<b>2023/II/Arb/2 Eine starke Stadt braucht einen starken und zukunftsfähigen öffent- lichen Dienst</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	6
<b>2023/II/Arb/3 Keine Altersdiskriminierung für Studierende über 30 – studentische Krankenversicherung für alle!</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	10
<b>2023/II/Arb/4 Betriebliche Ausbildung stärken – umlagefinanzierter Landesausbil- dungsfonds für Hamburg</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	11
<b>2023/II/Arb/5 Keine Streichungen bei der Agentur für Arbeit!</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	12
<b>2023/II/Arb/6 Sicherung des Industriestandorts Neuenfelde</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	13

<b>Soz Soziales</b>	<b>14</b>
2023/II/Soz/1 Internationale Jugendarbeit gerade jetzt stärken	
<i>Annahme</i> . . . . .	14
2023/II/Soz/2 Hinzuverdienstgrenzen bei Witwen-/Witwerrente streichen	
<i>Annahme</i> . . . . .	15
<b>Ges Gesundheit</b>	<b>16</b>
2023/II/Ges/1 Die SPD Hamburg wird das Gesetz zum Vorhaben der Bundesregierung zur Legalisierung von Cannabis umsetzen	
<i>Erledigt</i> . . . . .	16
2023/II/Ges/2 Kostenübernahme der Blutuntersuchung auf Vitamin B12 (Holo-TC) bei fleischloser Ernährung	
<i>Annahme</i> . . . . .	17
2023/II/Ges/3 Knochendichte-Messung muss Vorsorge-Untersuchung werden, die von der Krankenkasse bezahlt wird	
<i>Annahme</i> . . . . .	18
2023/II/Ges/4 Leben retten – jede Sekunde zählt! Informationskampagne zu Notfalldaten starten: Medizinische Informationen hinterlegen, damit diese Rettungskräften im Notfall schnell zur Verfügung stehen	
<i>Annahme</i> . . . . .	19
2023/II/Ges/5 Alkoholabhängige schützen: Verlockungskäufe von Alkohol erschweren	
<i>Annahme</i> . . . . .	20
2023/II/Ges/7 Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete ausfinanzieren! (Bundesebene)	
<i>Annahme</i> . . . . .	21
<b>Innen Inneres</b>	<b>22</b>
2023/II/Innen/2 Einführung eines Waffenregisters für Schreckschusswaffen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	22
2023/II/Innen/3 Bänke gegen Gewalt – „StoP“	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	23
2023/II/Innen/4 Beleuchtung Hausnummern	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	24

**2023/II/Innen/5 Rechtssicherheit für Betroffene von Polizeieinsätzen schaffen!***Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 25**Recht Recht**

26

**2023/II/Recht/2 Geld- und Wertpapiervermögen Verstorbener ermittelbar machen***Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 26**Teilh Gleichstellung / Teilhabe**

27

**2023/II/Teilh/1 Regenbogenfahne am 17. Mai am Hamburger Rathaus hissen***Annahme* . . . . . 27**2023/II/Teilh/2 Barclays Arena senioren- und behindertenfreundlicher!***Annahme* . . . . . 28**Eur Europa**

29

**2023/II/Eur/1 Europapolitischer Leitantrag des Landesvorstands***Annahme* . . . . . 29**Kul Kultur**

35

**2023/II/Kul/1 Ukrainische Städtepartnerschaft prüfen***Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 35**2023/II/Kul/2 Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Odessa***Erledigt* . . . . . 36**2023/II/Kul/3 Einblicke in Gegenwart und Vergangenheit jüdischen Lebens in Hamburg für Hamburgs Schüler\*innen***Annahme* . . . . . 37**2023/II/Kul/4 Wenn der Fernseher bodyshamed – Jugendlichen realistische Körperbilder vermitteln***Annahme* . . . . . 38**Wi/Steu Wirtschaft / Steuern**

39

**2023/II/Wi/Steu/1 Einführung eines sog. Reparaturscores***Annahme* . . . . . 39

<b>2023/II/Wi/Steu/2 Streitwertbegrenzung bei Unterlassungsklagen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	<b>40</b>
<b>2023/II/Wi/Steu/3 Steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden bei Sozialunternehmen</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	<b>41</b>
<b>2023/II/Wi/Steu/4 Neustart zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte erforderlich!</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	<b>42</b>
<b>2023/II/Wi/Steu/5 Faire Besteuerung von Renten</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	<b>43</b>
<b>2023/II/Wi/Steu/6 Antrag auf ausreichende Finanzierung Hamburger Tierheime</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	<b>44</b>
<b>2023/II/Wi/Steu/7 Anpassung der Rentenformel für eine gerechte Rente</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	<b>46</b>
<b>2023/II/Wi/Steu/8 Verlässlicher Fahrplan für die Umsatzsteuergestaltung in der Gastronomie</b>	
<i>Erledigt</i> . . . . .	<b>47</b>
<b>Dig Digitalisierung / Mobilfunk</b>	<b>48</b>
<b>2023/II/Dig/1 Die Vorteile von KI nutzen - Grenzen künstlicher Intelligenz gesellschaftlich definieren und gesetzlich absichern</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	<b>48</b>
<b>2023/II/Dig/2 Hamburg: Smart City</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	<b>51</b>
<b>2023/II/Dig/3 Beschäftigtendatenschutzgesetz jetzt!</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	<b>52</b>
<b>2023/II/Dig/4 Unterstützung älterer Menschen bei der Nutzung und Anwendung digitaler Technik auch durch Digitalmentor*innen über die Haushaltsjahre 2022/2023 hinaus sichern</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	<b>54</b>

<b>Bez Bezirke</b>	<b>56</b>
<b>2023/II/Bez/1 Mehr öffentliche Toiletten einrichten</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	56
<b>2023/II/Bez/2 Projekte in den Bezirken erfolgreich umsetzen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	57
<b>Org Organisation</b>	<b>58</b>
<b>2023/II/Org/1 Mentoringprogramm erweitern - Für mehr Diversität in der Partei und den Parlamenten</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	58
<b>2023/II/Org/2 Inklusion ist ein Menschenrecht – Barrierefreiheit sukzessive herstellen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	59
<b>2023/II/Org/3 Nachwahl Kreisvorsitzende</b>	
<i>Erledigt</i> . . . . .	60
<b>2023/II/Org/4 Professionelles Erklärvideo zur Formulierung von Anträgen</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	61
<b>2023/II/Org/6 Ombudsstelle</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	62
<b>Ini Initiativantrag</b>	<b>64</b>
<b>2023/II/Ini/1 Resolution: Nie wieder ist jetzt! Solidarität mit Israel, allen zivilen Opfern und mit den in Hamburg lebenden Jüdinnen und Juden</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	64
<b>2023/II/Ini/2 Kriminalisierung von Seenotrettung im Mittelmeer streichen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	66
<b>2023/II/Ini/3 Heizkosten nicht weiter anheizen</b>	
<i>Annahme</i> . . . . .	67

**Verk Verkehr / Mobilität****2023/II/Verk/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Mehr Verkehrssicherheit und Selbstständigkeit von Schüler\*innen - Einrichtung von Schulstraßen und temporären Durchfahrtsverboten**

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einrichtung von Schulstraßen einzusetzen. Die Einrichtung von Schulstraßen umfasst die Möglichkeit temporärer Durchfahrtsverbote für PKW sowie das Aufstellen von mobilen Sperren.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

---

## 2023/II/Verk/2

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## **Der Senat wird aufgefordert, mögliche Varianten für den Schienenausbau in der Region Hamburg breit zu prüfen**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg begrüßt die erheblichen Anstrengungen der Stadt Hamburg und des Bundes mit Blick auf den Hamburg-Takt und den Deutschland-Takt, den Schienenverkehr in unserer Stadt und darüber hinaus deutlich auszubauen, um den Marktanteil der Schiene sowohl im Personen- wie auch im Güterverkehr deutlich zu steigern. Hierzu zählen im Bereich Personennah- und Regionalverkehr zuvorderst die Schnellbahnprojekte U4 nach Horner Geest, U4 nach Grasbrook und weiter nach Wilhelmsburg/Harburg, U5 von Bramfeld bis zu den Arenen, U3-Haltestelle Fuhlsbüttler Straße, S4 nach Bad Oldesloe, S5 nach Kaltenkirchen und S6 von Neugraben nach Osdorfer Born sowie die mögliche Aktivierung der nördlichen Güterumgehungsbahn für den Personenverkehr, die mögliche Reaktivierung der Bahnstrecke Bergedorf – Geesthacht und der mögliche zweigleisige Ausbau der S1 zwischen Blankenese und Wedel. Im Bereich Regional- und Fernverkehr stehen zuvorderst der neue Fernbahnhof Altona, der Ausbau der Verbindungsbahn mitsamt neuem Verbindungsbahntlastungstunnel, der Ausbau des Hauptbahnhofs mit zusätzlichen Gleisen und Bahnsteigen, zwei weitere Gleise für die Elbbrücken sowie möglicherweise zusätzliche Regionalbahnhöfe in Berliner Tor, Holstenstraße, Neugraben, Sternschanze und Wilhelmsburg auf der Agenda. Mit all diesen Projekten haben sich Hamburg und der Bund für Hamburg sehr viel vorgenommen. Der Landesparteitag unterstützt diese Projekte ausdrücklich.

### **Überweisen an**

Senat



## 2023/II/Verk/4

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Zuverlässiger und leistungsfähiger Regionalverkehr für Bergedorf und bis nach Rostock auch nach Einführung des €49-Tickets**

Der Landesparteitag möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich bei der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende dafür einzusetzen, dass das Verkehrsangebot auf der Linie RE1 (Hamburg – Rostock) in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein bedarfsgerecht und mit Weitsicht erweitert wird. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob Angebotsverbesserungen zu den Tagesrandzeiten noch im Rahmen des derzeit laufenden Verkehrsvertrags realisierbar sind.

#### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

## 2023/II/Verk/6

### Beschluss

Annahme

### Brückeninstandsetzung

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Die Mitglieder der SPD-Bezirks- und Bürgerschaftsfraktionen sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates werden aufgefordert, sich dafür

einzusetzen, dass

1. im Falle einer Brückensperrung möglichst zeitnah für die Instandsetzung bzw. den Ersatz der Brücke gesorgt, dafür ein Kosten- und Investitionsplan vorgelegt und die Bevölkerung entsprechend informiert wird.
2. die SPD-Bürgerschaftsfraktion aufgefordert wird, den LSBG in die Lage zu versetzen, Brücken möglichst zeitnah zu sanieren bzw. zu ersetzen.

### Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

## Umw Umwelt / Energie

**2023/II/Umw/1**

### **Beschluss**

Annahme

### **Kennzeichnungspflicht für Pflanzen**

Der Landesparteitag möge beschließen und an die Fraktion im Bundestag weiterleiten:

Bei Pflanzen, die zur Bepflanzung hiesiger Gärten oder Parks angeboten werden, muss an den Verkaufsstellen auch angegeben werden, aus welcher Florenregionen sie stammen. Dies muss für Gartencenter, Baumärkten oder online angebotene Pflanzen gelten.

#### **Überweisen an**

Bundestagsfraktion

**Arb Arbeit****2023/II/Arb/2****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Eine starke Stadt braucht einen starken und zukunftsfähigen öffentlichen Dienst**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Im Laufe dieser Dekade werden über 25% aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand, bzw. in Pension gehen. Die „Babyboomer“- Generation hinterlässt eine Lücke, die die nachrückende Generation rechnerisch nicht auffüllen kann. Schon jetzt ist dieser Fachkräftemangel in der Hamburger Verwaltung angekommen und eine Vielzahl von Stellen kann nicht besetzt werden. Ohne eine Gegensteuerung wird sich die Situation weiter verschärfen. Zahlreiche Studien empfehlen, schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen.

Durch den Einsatz von digitalen Anwendungen, KI und Robotik kann ein Beitrag geleistet werden, den Bedarf an Personal zu senken. Allerdings sind dabei Gesetze und Verordnungen sowie zahlreiche Verfahrensweisen anzupassen. Auf der Nachfrage-Seite empfehlen viele dem öffentlichen Sektor, schneller und attraktiver zu werden und den vorhandenen „Personalpool“ zu erweitern, z.B. durch einfachere Seiteneinstige und durch Flexibilisierung der Altersgrenze.

Selbst wenn alle Chancen genutzt werden, wird eine Lücke verbleiben. Ohne sinnvolle Aufgabenkritik wird es nicht gehen. Gerade in einer Zeit, in der das Vertrauen in staatliche Institutionen sinkt, muss es unser gemeinsames Bestreben sein, auf einen starken und zukunftsfähigen öffentlichen Dienst zu setzen. In diesen Monaten und Jahren werden die Weichen gestellt, wie der öffentliche Dienst der Zukunft gestaltet ist.

Vor diesem Hintergrund werden SPD-Senatsmitglieder und SPD-Bürgerschaftsfraktion aufgefordert, bei der Weiterentwicklung der städtischen Personalpolitik und Verwaltungsmodernisierung folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Personalrecht modernisieren (konsequente Ausrichtung an gegenwärtigen Herausforderungen wie Fachkräftemangel) durch Modernisierung von Tarifverträgen, Personalabteilungen, Beurteilungswesen, Einstellungsverfahren, rechtlichen Rahmenbedingungen und weite, mitarbeiter\*innenfreundliche Auslegung des vorhandenen Entscheidungsspielraums.

2. Ausbildungsoffensive in allen Bereichen durch Ausbau und Verstärkung der Nachwuchsoffensiven in den Bereichen Polizei, Feuerwehr, Strafvollzug, Steuerverwaltung, aber insbesondere auch durch verstärkte Förderung der allgemeinen Verwaltung und des Sozialpädagogischen Bereichs);
3. Monetäre Attraktivitätssteigerung für Nachwuchskräfte (insbesondere bei Einstieg im mittleren Dienst, z.B. – soweit personalwirtschaftlich sinnvoll – durch höheres Einstiegsamt). Nach dem Vorbild der Steuerverwaltung könnte man z.B. auch für Polizei und Feuerwehr ermöglichen, dass alle Nachwuchskräfte zum Ausbildungsbeginn einen Laptop oder ein Tablet erhalten;
4. Bereitstellung von Azubiwohnen für den öffentlichen Dienst (Azubis müssen sich das Leben in der Stadt, für die sie arbeiten, auch leisten können);
5. Mehr Kampagnen und modernes Personalmarketing zur Steigerung der öffentlichen Wahrnehmung (Nutzung von Social Media und moderner Sprache);
6. Verbesserung des Bewerbungsmanagementsystems auch unter Nutzung von KI;
7. Möglichkeit zur Initiativbewerbung über das Stellenportal auf hamburg.de schaffen;
8. Schaffung eines Bewerbungspools für z.B. Initiativbewerbungen oder geeignete Bewerbende die aufgrund begrenzter Stellenanzahl noch nicht eingestellt werden konnten;
9. Bei (im Einzelfall noch) befristeten Ausschreibungen direkt im Bewerbungsverfahren Anschlussperspektiven aufzeigen;
10. Weiterentwicklung des Bewerbungsmanagementsystems, um eine bessere Vernetzung der Behörden untereinander bei geeigneten Bewerber\*innen zu erreichen (bessere Steuerung der Personalbedarfe);
11. Erleichterung der Anerkennung von (ausländischen) Abschlüssen;
12. Im Rahmen der Tarifverhandlungen – soweit möglich – Angleichung der Bezahlung in Hamburg zum Umland, um in der Konkurrenz zu bestehen;
13. Verbesserte Anreize durch Mobilitätsbudget (z.B. Zuschuss zum Deutschlandticket, Fahrradleasing auch für Angestellte);
14. Ausbildungsgehalt für Erzieher\*innen prüfen;
15. Altersabgängen/Fluktuation besser begegnen, durch überlappende Einstellungen (Stichwort: Wissensmanagement). Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung für Ruheständler\*innen umsetzen;
16. Interne Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten von Leistungsträger\*innen verbessern durch gezielte und direkte Ansprache durch die Führungskräfte und mehr Studienplätze oder halbjährliche Studienbeginne (für Bachelor- und Masterstudiengang); Durchlässigkeit der Laufbahngruppen verbessern;

17. Quereinstiege erleichtern, z.B. durch direkte externe Stellenausschreibungen zur Fachkräftegewinnung und durch Flexibilisierung der konstitutiven Einstellungsvoraussetzungen;
18. Erfahrungsstufenbewertung schon in den Recruitingprozessen an den Anfang stellen (bereits bei Sichtung der Bewerbungsunterlagen) und Stufenbewertungsspielräume arbeitnehmer\*innenfreundlich auslegen (insbesondere bei Mangelverwendungen);
19. Schaffung zusätzlicher Anreize (in Form von z.B. Zulagen und Prämien) im Einstellungsverfahren, insbesondere bei Mangelverwendungen (z.B. für Ärzt\*innen);
20. Allgemeine Stärkung der unteren Entgeltgruppen (beispielsweise durch höheren Einstieg);
21. Mehr Stellenneubewertungen und Stellenanhebungen insbesondere für untere Entgeltgruppen. Hierfür braucht es die Öffnung von Stellenanordnungen;
22. Die Bezirksämter und Landesbetriebe müssen personalwirtschaftlich gestärkt werden. Es muss (im Vergleich zu den Fachbehörden) mehr Stellenhebungen, höherbewertete Stellen und mehr Spielraum für Höhergruppierungen geben, um gute Kräfte zu halten und zu gewinnen;
23. Unterstützung und Stärkung der Personalabteilungen zur Bewältigung dieser Aufgaben;
24. Einhaltung der eigenen Standards für Barrierefreiheit bei Einkauf/Entwicklung von Software und IT;
25. Stärkere Einbeziehung von Anwender\*innen aus den jeweiligen Fachbereichen bei der Einführung digitaler Fachverfahren/Software ;
26. Attraktive und standardisierte Arbeitsplatzausstattung, u.a. durch Erhöhung der Mindeststandards für alle Beschäftigten unabhängig von Sachmittelbudgets (Bsp. Höhenverstellbare Tische, zwei Monitore, Diensthandys bei entsprechender Tätigkeit, Laptops, funktionierendes W-LAN in allen Dienstgebäuden), Beschleunigung von Beschaffungsprozessen;
27. Aufgabenkritik und Bürokratieabbau konsequent fortsetzen und operationalisieren (Identifizierung überflüssiger Aufgaben und Verfahren, Prozessoptimierung auch zu Ende denken und umsetzen);
28. Interkulturelles Denken/Einfühlungsvermögen/adressatengerechte Kommunikation stärken (insbesondere für Fachbereiche mit Kund\*innenkontakt) durch Schulungsangebote und Sensibilisierung der Führungskräfte für dieses Thema;
29. Maßnahmen und Aktionen zur Verbesserung der Mitarbeiter\*innenbindung vergleichbar zur Privatwirtschaft verstärken (z.B. Wasserspender, kostenlose Kaffee-, Tee- und Obstangebote, attraktive Aufenthaltsräume, Kantinen, Förderung von Betriebsfeiern);

30. Förderung von Führungsfeedback (z.B. 360-Feedback) auf allen Führungsebenen;
31. Reformierung der traditionellen Organisations- und Arbeitsweise im Sinne flacherer Hierarchien und der Ermöglichung unbürokratischer Projektarbeit unabhängig von herkömmlichen Linien und Hierarchiestufen;
32. Kernaufgaben der Verwaltung stärken (gesetzlicher Auftrag zur Daseinsvorsorge); insbesondere gilt es, zum Erhalt des Vertrauens in Stadt und Staat in den Prioritätsbereichen Polizei, Feuerwehr, Justiz und Steuer die erreichten Fortschritte zu sichern und auszubauen: Das betrifft die Personal- und Stellenentwicklung, das betrifft aber auch die Bezahlung (inkl. Zulagen usw.). Konkret müssen in den nächsten Jahren insbesondere die Zulagen bei Polizei und Feuerwehr (Polizei- und Feuerwehrezulage) sowie Strafvollzug (sog. „Gitterzulage“) angemessen erhöht werden. Bei knappen Ressourcen sind Nachwuchsgewinnung und Verbesserungen für aktiv Beschäftigte zu priorisieren.

### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

## 2023/II/Arb/3

### **Beschluss**

Annahme

### **Keine Altersdiskriminierung für Studierende über 30 – studentische Krankenversicherung für alle!**

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

Forderung:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass auch Studierende bis zu dem Alter, bis zu dem Bafög gewährt wird, Zugang zur studentischen Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung bekommen.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion



---

## 2023/II/Arb/4

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Betriebliche Ausbildung stärken – umlagefinanzierter Landesausbildungsfonds für Hamburg

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, in Abstimmung mit dem Koalitionspartner

1. eine Expert\*innenkommission zur Einführung eines umlagefinanzierten Landesausbildungsfonds‘ einzusetzen, die

a) den Ausbildungsmarkt in Hamburg mit Blick auf Versorgungs- und Besetzungsprobleme

b) Maßnahmen und Erfahrungen der bisherigen Berufsbildungspolitik in Hamburg

c) Forschungsstände zu umlagefinanzierten Ausbildungsfonds

d) Beispiele zur umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie unter Berücksichtigung der unter der als Ausbildungsgarantie bezeichneten, durch den Bundestag beschlossenen Gesetzesänderungen im Weiterbildungsgesetz unter Beteiligung der Gewerkschaften untersucht und einen Abschlussbericht vorlegt.

### Überweisen an

Bürgerschaftsfraktion

**2023/II/Arb/5**

**Beschluss**

Annahme

## **Keine Streichungen bei der Agentur für Arbeit!**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Der Etat der Bundesagentur für Arbeit wird im kommenden Haushaltsjahr nicht gekürzt, sondern entsprechend der Inflationsrate angepasst.

**Überweisen an**

Bundesparteitag

## 2023/II/Arb/6

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Sicherung des Industriestandorts Neuenfelde

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an Senat bzw. SPD-Bürgerschaftsfraktion weiterleiten:

1. Die diesbezüglich zuständigen sozialdemokratischen Senatorinnen und Senatoren sowie die Abgeordneten der SPD-Bürgerschaftsfraktion setzen sich dafür ein, dass das Gelände der ehemaligen Sietas-Werft in Neuenfelde zügig als Industriestandort weiterentwickelt wird.
2. Zu diesem Zweck und um Bodenspekulation o.ä. zu verhindern wird die Stadt Hamburg bei der Mitte kommenden Jahres anstehenden Zwangsversteigerungsverfahren mitbieten und die ehemalige Werft erwerben.
3. Sodann wird die Stadt ein Weiternutzungskonzept für das Gelände entwickeln bzw. entwickeln lassen sowie prüfen, ob im Rahmen der Folgenutzung eine Weiterbeschäftigungsmöglichkeit für die verbliebenen 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sietas-Werft besteht.

#### Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

**Soz Soziales****2023/II/Soz/1****Beschluss**

Annahme

**Internationale Jugendarbeit gerade jetzt stärken**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1) Die Hamburger SPD-Senatsmitglieder und die SPD-Bürgerschaftsabgeordneten werden aufgefordert, sich im Rahmen der Haushaltsberatungen dafür einzusetzen, neben den bisherigen Förderpositionen des Landesförderplans Familie und Jugend (LFP) für internationale Jugendarbeit eine weitere Maßnahme im Einzelplan 4 zu verankern, in der für von einer Bezirksversammlung unterstützten Projekten zusätzliche Mittel für die internationale Jugendarbeit für junge Menschen (§ 7 SGB VIII) der freien und kommunalen Träger der Jugendhilfe zu Verfügung gestellt werden;
- 2) Die Antrags- und Förderbedingungen sollen ergänzend zu der LFP-Pos. 3 und unter Beteiligung der bezirklichen Jugendhilfeausschüsse gesondert geregelt werden und sicherstellen, dass insbesondere eine Teilnahme von Jugendlichen aus wirtschaftlich schwachen Familien an Internationalen Jugendbegegnungen ermöglicht wird. Nicht verbrauchte Mittel könnten die übrigen Positionen des Landesförderplans Familie und Jugend verstärken.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

**2023/II/Soz/2**

## **Beschluss**

Annahme

### **Hinzuverdienstgrenzen bei Witwen-/Witwerrente streichen**

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, zu prüfen, ob die Hinzuverdienstgrenzen der Witwen- und Witwerrente zu streichen sind.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag

Ges Gesundheit

**2023/II/Ges/1**

**Beschluss**

Erledigt

**Die SPD Hamburg wird das Gesetz zum Vorhaben der Bundesregierung zur Legalisierung von Cannabis umsetzen**

Überweisen an

SPD Hamburg

## 2023/II/Ges/2

### Beschluss

Annahme

### **Kostenübernahme der Blutuntersuchung auf Vitamin B12 (Holo-TC) bei fleischloser Ernährung**

Der Landesparteitag der Hamburger SPD möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag beschließen:

Die SPD-Politiker\*innen in Bundestag und Bundesregierung setzen sich dafür ein, dass jede\*r, der oder die sich vegetarisch oder vegan ernährt, 1x jährlich ein Anrecht auf kostenfreie, von den gesetzlichen Krankenkassen übernommene Bestimmung des Holo-Transcobalamin, der aktiven Form des Vitamin B12, per Blutuntersuchung hat.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag

## 2023/II/Ges/3

### Beschluss

Annahme

### **Knochendichte-Messung muss Vorsorge-Untersuchung werden, die von der Krankenkasse bezahlt wird**

Die Landesfrauenkonferenz möge zur Weiterleitung an die Bundesfrauenkonferenz der ASF, den Landesparteitag der SPD-HH, die Hamburger und Bundestagsabgeordneten und die SPD-Bundestagsfraktion, den Bundesgesundheitsminister und den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Dass die Knochendichte-Messung als regelhafte Vorsorge-Untersuchung für alle Menschen (besonders aber Frauen) über 50 Jahre kostenlos angeboten wird. Die Kosten hierfür müssen die Krankenkassen übernehmen.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung



---

## 2023/II/Ges/4

### Beschluss

#### Annahme

## **Leben retten – jede Sekunde zählt! Informationskampagne zu Notfalldaten starten: Medizinische Informationen hinterlegen, damit diese Rettungskräften im Notfall schnell zur Verfügung stehen**

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die Hamburger- und Bundestagsabgeordneten und die SPD-Bundestagsfraktion und den Bundesparteitag der SPD beschließen:

1. Dass der Deutsche Bundestag dazu aufgefordert wird, eine Informationskampagne zum Thema Notfalldaten zu starten. Hierüber sollen Bürger\*innen über die Möglichkeit aufgeklärt werden, relevante Notfalldaten auf der elektronischen Gesundheitskarte (eGK), in der elektronische Patientenakte (ePA) bzw. im Mobiltelefon zu hinterlegen, welche im Notfall von den Rettungskräften sowie den Notfallärzt:innen ausgelesen werden können.
2. Zudem sollen Ärzt\*innen ihre Patient\*innen aktiv über die mögliche Hinterlegung von Notfalldaten auf der eGK hinweisen.
3. Ebenso sind Rettungskräfte und Notfallärzt\*innen zu informieren und aufzufordern, diese Möglichkeit zu nutzen.

#### Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

## 2023/II/Ges/5

### **Beschluss**

Annahme

### **Alkoholabhängige schützen: Verlockungskäufe von Alkohol erschweren**

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

Hiermit fordern die SPD Harburg, dass es in Lebensmittelmärkten an der Kasse verboten wird, Alkohol in Form von Verlockungskäufen anzubieten. Es sollen außerdem Warnhinweise angebracht werden, wie bei Zigarettenartikeln, und eine Therapiehotline angeboten werden.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag

## 2023/II/Ges/7

### Beschluss

Annahme

## **Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete ausfinanzieren! (Bundesebene)**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, sich für eine Verstetigung und bedarfsgerechte Ausfinanzierung der psychosozialen Hilfe für geflüchtete Menschen einzusetzen, mindestens in dem im Koalitionsvertrag (S. 111) festgelegten Umfang.

### **Überweisen an**

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung

**Innen Inneres**

**2023/II/Innen/2**

**Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Einführung eines Waffenregisters für Schreckschusswaffen**

Der SPD-Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag beschließen:

„Wir fordern die Einführung einer Erlaubnispflicht für den Erwerb und die Führung von Schreckschusspistolen durch den kleinen Waffenschein.“

**Überweisen an**

Bundesparteitag

## **2023/II/Innen/3**

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Bänke gegen Gewalt – „StoP“**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass in der Hansestadt Hamburg in den Quartieren Bänke bemalt und illustriert werden mit „StoP – hier ist kein Platz für Gewalt an Mädchen und Frauen“. Zudem hängen an Infotafeln in Hauseingängen Hinweise zu dieser Initiative, mit den erforderlichen Kontaktdaten.

#### **Überweisen an**

Senat

## 2023/II/Innen/4

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Beleuchtung Hausnummern**

Der Landesparteitag möge beschließen und an die Fraktion in der Bürgerschaft weiterleiten:

Die Hamburgische Bauordnung soll geändert werden. Es soll geprüft werden, ob §19 (5) 2. Satz „bei Gebäuden mit Aufenthaltsräumen muss die Hausnummer beleuchtbar sein“ gestrichen werden kann.

#### **Überweisen an**

Bürgerschaftsfraktion

## **2023/II/Innen/5**

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Rechtssicherheit für Betroffene von Polizeieinsätzen schaffen!**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das bloße Filmen von Polizeieinsätzen künftig weder mit Strafe noch mit Bußgeld bewehrt wird.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung

**Recht Recht****2023/II/Recht/2****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Geld- und Wertpapiervermögen Verstorbener ermittelbar machen**

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und des Bundesrates beschließen, ein Gesetz zur Veröffentlichung von Informationen über Geld- und Wertpapiervermögen Verstorbener zugunsten möglicher aktueller und unbekannter Erben zu erarbeiten.

Sollte sich aufgrund eines solchen Gesetzes die Sachlage ergeben, dass Kreditinstitute nachweislich herrenlose Konten führen, soll in der zu erarbeitenden Gesetzesvorlage gleichfalls geregelt werden, dass die Vermögen hieraus dem Fiskus zufließen.

Es soll geprüft werden, inwieweit Vermögen aus nachweislich herrenlosen Konten dem Gemeinwohl, zum Beispiel der Kindergrundsicherung, zugeführt werden kann.

**Überweisen an**

Bundestagsfraktion und Bundesrat



**Teilh Gleichstellung / Teilhabe****2023/II/Teilh/1****Beschluss**

Annahme

**Regenbogenfahne am 17. Mai am Hamburger Rathaus hissen**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an die SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senat beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Vertreter\*innen im Hamburger Senat werden dazu aufgefordert, das jährliche Hissen der progressiven Regenbogenflagge am Hamburger Rathaus am Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit (kurz: IDAHOBIT) am 17. Mai zu ermöglichen.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

## 2023/II/Teilh/2

### **Beschluss**

Annahme

### **Barclays Arena senioren- und behindertenfreundlicher!**

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen, dass in der Barclays Arena die Zugänge zu den Unter- und Oberrängen senioren- und behindertenfreundlicher gestaltet werden. Der Zugang könnte durch einen in der Mitte der steilen Treppen angebrachten Handlauf wesentlich verbessert werden.

Der Hamburger Senat wird aufgefordert, sich für die Umsetzung einzusetzen.

### **Überweisen an**

Senat

**Eur Europa****2023/II/Eur/1****Beschluss**

Annahme

**Europapolitischer Leitantrag des Landesvorstands**

Wir leben in einer Welt im Umbruch. Eine Welt, in der neue Machtzentren entstehen und um Einfluss und Deutungshoheit ringen. Uns Europäerinnen und Europäern wird zunehmend deutlich, dass die Umbrüche nicht vor uns Halt machen. Im Gegenteil: Sie fordern die Europäische Union als Demokratie- und Friedensgemeinschaft direkt heraus. Dabei bleibt - auch wenn es schon oft geschrieben oder gesagt wurde - richtig, dass die großen Herausforderungen dieser Welt im Wandel sich nicht national lösen lassen, sondern die europäische Zusammenarbeit erfordern. Dies gilt im Streben nach Frieden und Sicherheit sowie in der Verteidigungspolitik, beim Klimaschutz und der Transformation unserer Wirtschaft hin zur Nutzung erneuerbarer Energien, beim Erhalt und Ausbau sozialer Rechte und guter Arbeit. Um dem politischen Paradigmenwechsel – auch in Hinblick auf unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik – zu begegnen, braucht es mutige Entscheidungen.

Hamburg muss als internationales Handelszentrum seine Rolle in einer multipolaren Welt neu definieren. Als starke Metropole in einem souveränen und modernen Europa geht es für Hamburg darum, ein Motor einer europäisch eingebetteten Innovations- und Wirtschaftspolitik zu sein, die dazu beiträgt, unsere Sicherheit im umfassenden Sinn zu erhalten und die Grundlage für sozialen Zusammenhalt und künftigen Wohlstand zu schaffen.

Dieser Hamburger Leitantrag kann und will nicht alle derzeit wichtigen europapolitischen Themen adressieren, sondern wird sich auf Aspekte fokussieren, die für unsere Stadt von besonderer Bedeutung sind.

**I. Für eine starke Europäische Union**

In zwei großen Krisen der jüngeren Vergangenheit hat die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit bewiesen: Nach dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie hat die EU schnell umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um die sozioökonomischen Folgen der Pandemie abzufedern. In Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die EU entschlossen gehandelt und weitreichende Sanktionen gegen Russland verhängt. Die vom russischen Präsidenten Putin erhoffte Spaltung Europas angesichts des Krieges ist nicht erfolgt. Vielmehr addieren sich mittlerweile acht Sanktionspakete gegen Russland zu den härtesten Maßnahmen, die die EU je getroffen hat, und zeugen von der Einigkeit in der Ablehnung des Angriffskrieges gegen

die Ukraine zwischen den europäischen Institutionen und Mitgliedsstaaten. Wir stehen für die Idee eines demokratischen und solidarischen Europas ein. Dazu gehört insbesondere auch, den Verteidigungskampf der Ukraine für Freiheit, territoriale Integrität und Selbstbestimmung weiter zu unterstützen.

Ohne die bestehenden Konflikte zwischen EU-Mitgliedsstaaten, langwierige Verfahren der Entscheidungsfindung oder den Korruptionsskandal der zurückliegenden Legislaturperiode im Europaparlament zu übersehen, tritt die SPD Hamburg deshalb für eine starke Europäische Union ein, die soziale Gerechtigkeit und Wohlstand fördert, die Herausforderungen des Klimawandels als globale Vorreiterin angeht und unsere Sicherheit durch strategische Zusammenarbeit stärkt. Um die Handlungsfähigkeit der EU auch künftig zu sichern, braucht es effizientere Entscheidungsprozesse. Daher setzen wir uns als Sozialdemokratie weiterhin für die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips ein. Zudem braucht es eine engere Kooperation der Mitgliedsstaaten in Fragen der Sicherheit und Verteidigung. In der Asyl- und Migrationspolitik gilt es, zu einer solidarischen Lösung zu kommen, die die Last gleichermaßen zwischen den Mitgliedsstaaten verteilt, und damit auch für die Kommunen tragbar ist. Die aktuellen Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, das einerseits eine verpflichtende solidarische Verteilung von Geflüchteten vorsieht, sowie andererseits Abkommen mit Drittstaaten, damit Menschen ohne Asylgründe auch rückgeführt werden können, begrüßen wir ausdrücklich. Unabhängig von den aktuellen Reformen steht für uns fest: Das Sterben auf dem Mittelmeer muss aufhören. Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden, illegale Pushbacks sind nicht hinnehmbar und die EU muss legale Einreisemöglichkeiten für Geflüchtete ausbauen. Gleichzeitig spricht sich die SPD Hamburg für die Verstärkung der multilateralen Zusammenarbeit der Europäischen Union aus. Elementar sind weiterhin eine koordinierte Klimaschutzpolitik und ein gemeinsamer EU-Haushalt für wichtige Projekte. Um das Europäische Parlament in seiner Rolle als demokratisches Kontrollorgan zu stärken, braucht es zudem eine Erweiterung der Befugnisse in Haushalts- und Gesetzgebungsfragen und die Einführung von EU-weiten Steuern unter Budgethoheit des Europäischen Parlaments.

## **II. Wir brauchen eine europäische Hafenpolitik mit der nötigen Infrastruktur**

Der Hamburger Hafen ist der größte Hafen der Exportnation Deutschland. Er ist für den Wohlstand unserer Stadt und die Versorgung der europäischen Binnenmärkte von besonderer Bedeutung. Von Hamburg aus werden die Regale in ganz Europa gefüllt. Die stets emotional geführte Diskussion um die Zukunft des Hafens macht deutlich, dass die Hafenpolitik von hoher Bedeutung ist. Bundeskanzler Olaf Scholz hat Recht, wenn er im September 2023 bei der Nationalen Maritimen Konferenz *„eine europäische Hafenpolitik zur Sicherung eines fairen Wettbewerbs und höhere Investitionen in die Zukunft der Häfen – von Reedereien, Logistikern und vom Staat“* fordert.

Die Hamburger SPD fordert die EU-Institutionen auf, eine gemeinsame Strategie für die Förderung der maritimen Wirtschaft zu erarbeiten, die die Bedürfnisse der großen europäischen Häfen – darunter Hamburg – berücksichtigt. Es geht dabei um die Wettbewerbsfähigkeit der

europäischen Häfen im globalen Wettbewerb ihre Entwicklung als Knotenpunkte der Energiewende, wo u.a. Potenziale für die Einfuhr von LNG oder Wasserstoff liegen, und um die Zukunft von Ausbildung und Beschäftigung in der Hafenwirtschaft. Eine Strategie der maritimen Industrie muss zugleich berücksichtigen, dass Häfen zur kritischen Infrastruktur gehören, die angesichts der aktuellen Krisen und Konflikte geschützt werden muss. Klar ist: Bei allem Veränderungsdruck, der auf den europäischen Häfen lastet, um die Transformation hin zu mehr Klimaschutz, Digitalisierung und Wirtschaftlichkeit zu bewältigen: Nur die Sozialdemokratie garantiert, dass Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte für alle gewahrt bleiben und auch im Hamburger Hafen gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten vorherrschen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass europäische Fördermittel für die dringend erforderlichen Investitionen genutzt werden, beispielsweise um die Digitalisierung von Abläufen voranzubringen und die entsprechenden Netze dafür auszubauen. Besonderer Fokus muss dabei auf dem Ausbau der Infrastrukturanbindung des Hafens liegen. Hamburg ist bereits heute führend beim Weitertransport von Gütern aus dem Hafen per Schiene. Doch auch hier muss die Infrastruktur kontinuierlich ausgebaut, erneuert und modernisiert werden. Wir begrüßen das Vorhaben der EU-Kommission, die Verordnung zu transeuropäischen Verkehrsnetzen (TEN-V) zu überarbeiten und teilen die Ziele eines effektiven, multimodalen und klimaschonenden Verkehrsnetzes in der gesamten EU. Dies bedeutet aber einen hohen Investitionsbedarf auch in Norddeutschland, da sich in Hamburg drei der neun von der EU-Kommission ausgewiesenen „europäischen Verkehrskorridore“ kreuzen.

Im Interesse der europäischen Klimaschutzziele muss insbesondere der Gütertransport auf der Schiene durch Investitionen und Modernisierung gestärkt werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung (DAK) im Schienengüterverkehr. Diese Möglichkeit der automatischen Verbindung zwischen den Wagen würde einen erheblichen Effizienzgewinn des Schienengüterverkehrs bedeuten und die Kapazität entsprechend steigern. Das Ziel der EU-weiten Einführung der DAK ist zwar noch in weiter Ferne, aber Hamburg wäre ein optimaler Standort für eine Pilotphase, in der EU-Fördermittel sinnvoll investiert wären. Der Hamburger Hafen hätte einen klaren Standortvorteil, wenn die schon heute gute Schienenanbindung weiter verbessert würde.

### **III. Europäischer und globaler Handel**

Handel ist das Lebenselixier der Weltwirtschaft. Weil Produktion überwiegend in globalisierten Wertschöpfungsketten stattfindet, müssen Produkte transportiert und gehandelt werden. Die europäische Handelspolitik ist ein Schlüsselinstrument dafür, dass Handel fair und gerecht abläuft – sowohl innerhalb der EU als auch mit unseren außereuropäischen Nachbarn.

Die Hamburger SPD steht zu dem Europäischen Lieferkettengesetz und dem darin enthaltenen Anspruch, überall in Produktions- und Lieferprozessen auf Menschenrechte, Arbeitsschutz, faire Entlohnung und Umweltschutz zu achten. Hamburg ist Deutschlands Fair-Trade-Hauptstadt. Deshalb setzen wir uns für fairen Handel und die konsequente Anwendung des Lieferkettengesetzes ein. Die Hamburger SPD schließt sich der Forderung sozialdemokratischer

Abgeordneter im Europaparlament an, dass in der EU der Import und die Vermarktung von Produkten verboten wird, die nachweislich auf Zwangsarbeit in der Produktion beruhen.

Wir stehen für regelbasierte internationale Wirtschaftsbeziehungen. Handelsabkommen sind dafür grundsätzlich ein guter Weg, wenn diese die Menschenrechte achten, Arbeitnehmerrechte verbessern und eine nachhaltige Entwicklung fördern. Die SPD Hamburg begrüßt deshalb, dass die EU-Kommission seit Juni 2022 Nachhaltigkeitsziele in Handelsabkommen verankern will. Dies muss nun auch umgesetzt werden.

Wir Sozialdemokrat\*innen setzen auf Handelsverträge der EU mit Partnerländern, die Anreize schaffen, Schritt für Schritt die Arbeitsbedingungen in Drittländern zu verbessern. Wir fordern die EU-Institutionen dazu auf, insbesondere die Anerkennung und Umsetzung der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation in Handelsverträgen zu garantieren.

#### **IV. Ein soziales und demokratisches Europa – gegen Hass, Hetze und Spaltung**

Eine der größten Gefahren für die europäische Idee ist das Wachstum rechter und rechtspopulistischer Parteien fast überall in Europa. Auch in Deutschland hat sich eine rechtspopulistische Bewegung etabliert. Die bevorstehende Europawahl ist eine Richtungsentscheidung: Die SPD ist die starke Kraft gegen Faschismus und Menschenhass. Wir müssen und werden uns mit aller Entschlossenheit dem drohenden Rechtsruck in Europa entgegenstellen. Wir müssen gemeinsam verhindern, dass die Botschaften der Menschenfeinde in der Mitte der Gesellschaft ankommen. Wir brauchen dafür auch ein entschlossenes Vorgehen gegen Desinformation und Fake News, das sich an die jeweils relevanten technischen Standards anpasst und für alle vielgenutzten Plattformen gilt. Es braucht mehr denn je Zusammenhalt und es braucht eine Politik, die sich dafür einsetzt. Eine Politik, die den Fokus auf soziale Gerechtigkeit, Bildung und den Schutz der Schwachen legt; die Toleranz und Solidarität stärkt und die das Gemeinsame in den Mittelpunkt stellt – denn nur wenn so wird unsere Europäische Gemeinschaft langfristig Bestand haben. Eine Politik der klaren Kante gegen Rassismus und Fremdenhass, die aber auch den Dialog mit enttäuschten Wählerinnen und Wählern sucht. Diese Grundüberzeugungen leiten die SPD Hamburg in ihrem politischen Wirken in Hamburg und dies erwarten wir auch von allen Sozialdemokrat\*innen in den europäischen Institutionen.

#### **V. Europa muss nachhaltig und sozial agieren**

Der „Green Deal“ der Europäischen Union ist das zentrale Gesetzgebungsprojekt für mehr Klima- und Umweltschutz in Europa. Er zählt trotz aller Schwächen in Details zu den besonderen Erfolgen der zu Ende gehenden europäischen Legislaturperiode. Die vielen Verordnungen und Programme, die den Energieverbrauch senken und die Erzeugung regenerativer Energie ausbauen und beschleunigen sollen, gehen grundsätzlich in die richtige Richtung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Energiepolitik stärker europäisiert wird, damit wir die Klimaziele erreichen und unser Kontinent für künftige Krise widerstandsfähiger wird. Bis wir unsere Energiebeschaffung vollständig dekarbonisiert haben, wollen wir beim Einkauf fossiler Energieträger stärker europäisch zusammenarbeiten. Der gemeinsame Gas-Einkauf im Rahmen der

EU-Energieplattform ist dafür ein Positivbeispiel und sollte künftig Standard sein. Darüber hinaus wollen wir unsere Energienetze stärker verzahnen und dafür gemeinsame Standards in der Energiepolitik setzen. Für Hamburg wird zudem zentral sein, dass sich die europäische Wasserstoff Strategie im Einklang mit der von Hamburg initiierten norddeutschen Wasserstoffstrategie umgesetzt wird.

Für uns Sozialdemokrat\*innen besteht aber bei all dem sozialpolitischer Handlungsbedarf. Ein „Green Deal“, der Menschen mit geringeren Einkommen belastet, kann kein Erfolg werden. Dafür braucht es auch auf europäischer Ebene Förderprogramme für Bürger\*innen und für Unternehmen gleichermaßen. Der Europäische Sozialfonds ist dafür ein gutes Instrument, das mit mehrjährigen Fördermöglichkeiten Aufbauprozesse ermöglicht. Wir müssen Arbeitsplätze sichern und die Menschen aktiv einbinden in die Veränderungsprozesse, die zum Schutze des Planeten nötig sind. Die EU-Richtlinie zu angemessenen Mindestlöhnen in Europa vom Herbst 2022 begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings kennen wir aus der deutschen Diskussion die Notwendigkeit, angesichts von Inflation und der wirtschaftlichen Entwicklung immer wieder über die angemessene Höhe von Mindestlöhnen diskutieren zu müssen. Wir fordern das Europaparlament deshalb auf, eine Mindestlohnkommission einzurichten, in der europäische Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch besetzt die Richtlinie evaluieren und eine Empfehlung für angepasste Mindestlöhne abgeben. Um der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu begegnen, möchten wir zudem die europäische Jugendgarantie für 15- bis 29-jährige fortsetzen und nationalstaatlich konsequent umsetzen.

## **VI. Hamburg braucht eine starke sozialdemokratische Stimme in Europa**

Hamburgs Selbstbezeichnung als „Tor zur Welt“ macht es deutlich: Die Perspektive unserer Stadt ist international, wir verstehen uns als weltoffene Metropole mitten in Europa. Hamburg ist ein Drehkreuz für Menschen, Waren und Ideen mit vielen europäisch agierenden Unternehmen, Institutionen und Initiativen. Um unsere europäische Orientierung zu repräsentieren und den spezifischen Interessen eines Stadtstaats mit Europas drittgrößtem Hafen, einer vielfältigen und internationalen Bevölkerung, vielen internationalen Unternehmen und Institutionen auch in Europa Gewicht zu verleihen, muss Hamburg auch in der Europäischen Union vertreten sein und sich aktiv an EU-Initiativen beteiligen. Deswegen ist es gut, dass in Brüssel das Hanseoffice als permanenter Vernetzungsakteur zwischen Hamburg und den EU-Institutionen agiert. Aufbau und Pflege enger Beziehungen zu anderen europäischen Städten und Regionen sind für Hamburg ebenfalls unerlässlich.

Hamburg braucht aber auch eine starke sozialdemokratische Stimme in Europa. In Hamburg stellt die SPD seit 2011 unter Beweis, dass sie als Regierungspartei das Gemeinwesen gestaltet, wichtige Aufgaben wie den Wohnungsbau, die Erweiterung des ÖPNV, die Verbesserung der Bildungsqualität und vieles andere umsetzt und dabei die verschiedenen Interessen der Hamburgerinnen und Hamburger berücksichtigt und ausgleicht. Nur die SPD hat die ganze Stadt im Blick und macht Politik für alle. Diesem Anspruch werden wir uns auch im Europaparlament stellen. Die SPD Hamburg unterstützt daher die/den Hamburger Spitzenkandidat\*in zur

Europawahl geschlossen und entschlossen. Wir kämpfen am 9. Juni 2024 gemeinsam für ein starkes, vielfältiges und demokratisches Europa!

**Überweisen an**

Bundesregierung und Europaabgeordnete



**Kul Kultur**

**2023/II/Kul/1**

**Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Ukrainische Städtepartnerschaft prüfen**

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Die Hamburger SPD-Senator\*innen und die SPD-Bürgerschaftsfraktion setzen sich dafür ein, dass der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg zur Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine und zur Stärkung der deutsch-ukrainischen Beziehungen eine langfristige Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine, bspw. Odessa, prüft.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

**2023/II/Kul/2**

**Beschluss**

Erledigt

**Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Odessa**

Erledigt durch 2023/II/Kul/1

**Überweisen an**

Senat

## 2023/II/Kul/3

### Beschluss

Annahme

### **Einblicke in Gegenwart und Vergangenheit jüdischen Lebens in Hamburg für Hamburgs Schüler\*innen**

Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Bürgerschaftsfraktion weiterleiten, dass diese sich dafür einsetzen und prüfen soll, inwieweit es möglich ist, dass möglichst viele Schulklassen Einblicke in das jüdische Leben in Hamburg erhalten. Dies kann folgendes beinhalten:

- Besuch einer jüdischen Einrichtung
- Besuch einer Gedenkstätte
- Austausch mit den in Hamburg lebenden Gemeindemitgliedern

Die Angebote sollen Schüler\*innen ab der 8. Klasse die Möglichkeit geben, sich mit der heutigen Kultur und Geschichte jüdischer Menschen in Hamburg zu beschäftigen.

### **Überweisen an**

Bürgerschaftsfraktion

## 2023/II/Kul/4

### Beschluss

Annahme

## **Wenn der Fernseher bodyshamed – Jugendlichen realistische Körperbilder vermitteln**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass auf europäischer Ebene eine Verpflichtung eingeführt wird, vor Filmen oder Serien einen Hinweis auf diejenigen Schauspieler\*innen mit jugendlichen Rollen einzublenden, die signifikant älter sind, als die Rolle, die sie im Film oder in der Serie spielen. Sollte die Rolle kein definiertes Alter haben, ist das Alter auf Grundlage anderer Informationen im Kontext zu schätzen, bspw. der Schulklasse, Altersabständen zu anderen Charakteren mit Altersangabe oder der Lebenssituation. Dies könnte bspw. in Art. 6a der Richtlinie 2010/13/EU integriert werden.

### **Überweisen an**

Europaabgeordnete

## Wi/Steu Wirtschaft / Steuern

**2023/II/Wi/Steu/1**

### **Beschluss**

Annahme

### **Einführung eines sog. Reparaturscores**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

1. Die Hamburgische Bürgerschaft soll sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass auf Bundesebene ein Reparaturindex eingeführt wird, der Verbraucher\*innen hinreichende Informationen über die Reparierfähigkeit eines Produktes bereitstellt und die Reparierfähigkeit anhand eines farbigen Scores auf dem Produkt abbildet und
2. diesen Score anhand festgelegter behördlicher Kriterien zu bemessen.

#### **Überweisen an**

Bürgerschaftsfraktion

## 2023/II/Wi/Steu/2

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Streitwertbegrenzung bei Unterlassungsklagen**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag beschließen:

Die Bundestagsfraktion soll sich in geeigneter Weise dafür einzusetzen, dass eine Streitwertbegrenzung bei Unterlassungsklagen zugunsten der Verbraucherzentralen eingeführt wird.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

## 2023/II/Wi/Steu/3

### Beschluss

Annahme

## Steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden bei Sozialunternehmen

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder\*innen der Bundesregierung werden aufgefordert, eine Reform bezüglich der gesetzlichen Grundlage zur Besteuerung von Sozialunternehmen zu prüfen. Ziel soll es sein, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Aufwendungen zur finanziellen Unterstützung von gemeinnützigen Zwecken zu vereinfachen und auszuweiten, ohne dabei Möglichkeiten zur Steuervermeidung zu schaffen.

### Überweisen an

Bundesparteitag

## 2023/II/Wi/Steu/4

### Beschluss

Annahme

### **Neustart zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte erforderlich!**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Wir fordern den Bundestag und die Bundesregierung sowie das Europaparlament und die EU auf, endlich weitere Schritte zu unternehmen, damit es nicht immer wieder zu Krisen kommt, in denen gigantische Summen für die Bankenrettung ausgegeben werden müssen, während die Gewinne weiter privatisiert werden.

#### **Überweisen an**

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung, Europaabgeordnete



## **2023/II/Wi/Steu/5**

### **Beschluss**

Annahme

### **Faire Besteuerung von Renten**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Mit dem Ziel der Weiterleitung an den Bundesparteitag: Das Steuerrecht so zu ändern, dass steuerpflichtige Renten ähnlich wie Arbeitseinkommen sofort beim Bezug im Rahmen eines Steuereinbehalts besteuert werden.

**Überweisen an**

Bundesparteitag

## 2023/II/Wi/Steu/6

### Beschluss

#### Annahme

## Antrag auf ausreichende Finanzierung Hamburger Tierheime

Der Landesparteitag der Hamburger SPD beschließt:

Die SPD-Landespolitiker\*innen in Senat und Bürgerschaft werden aufgefordert,

darauf hinzuwirken, dass die Hamburger Tierheime und insbesondere das große Tierheim Süderstraße, das zur Aufnahme der Fundtiere und der beschlagnahmten Tiere in Hamburg grundsätzlich in der Lage ist, ausreichend ausgestattet und aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, um ihren Aufgaben des Tierschutzes nachzukommen.

Dazu gehören insbesondere

- effektive Unterstützung bei der Erweiterung des flächenmäßig begrenzten Tierheimgeländes in der Süderstraße oder beim Auffinden eines neuen zentralen Geländes,
- effektive Unterstützung bei der Sanierung maroder Gebäude auf dem bisherigen Tierheimgelände in der Süderstraße und der Errichtung erforderlicher Neubauten sowie der baurechtlichen Vorbereitung dieser Maßnahmen oder bei der Neubebauung eines geeigneten neuen Geländes,
- Verlängerung des bestehenden Erbpachtvertrages über das Gelände in der Süderstraße sowie weiteres Erweiterungsgelände am bestehenden Ort für eine Dauer, die in angemessenem Verhältnis zu den erheblichen Investitionen des Hamburger Tierschutzvereins in die bauliche und sonstige Infrastruktur des Tierheims steht oder Abschluss eines entsprechend langfristigen Erbpachtvertrages über ein etwaiges neues Gelände,
- Unterhaltung eines Vertrages bzw. von Verträgen mit dem Hamburger Tierschutzverein bzw. weiteren Tierschutzvereinen, mit dem bzw. denen die Stadt unter regelmäßigen Anpassungen langfristig sichert, dass Tierschutz in Hamburg ausreichend finanziert ist. Dazu gehört die vertragliche Absicherung kostendeckender Finanzierung für die Übernahme hoheitlicher Aufgaben, insbesondere
- die Unterbringung aller von der Stadt beschlagnahmten Tiere,
- die Unterbringung aller im Tierheim bzw. in den Tierheimen abgegebenen Fundtiere, und zwar sowohl von Haustierarten als auch von verwilderten Haustieren und Exoten, sowie

- die Versorgung von in Hamburg freilebenden verwilderten Haustieren (insbesondere Katzen und Tauben) durch die Hamburger Tierheime oder andere Organisationen.

**Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

---

## 2023/II/Wi/Steu/7

### Beschluss

#### Annahme

## Anpassung der Rentenformel für eine gerechte Rente

Der Landesparteitag der Hamburger SPD möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

- Aufgabe einer sozialdemokratischen Rentenpolitik muss es sein, die Rentenformel an die jetzige und künftige Gesellschaft anzupassen. Sozialpolitische Zielsetzung eines gesetzlichen Alterssicherungssystems darf nicht nur die Vermeidung von Altersarmut sein.
- Generationsgerechtigkeit bedeutet vor allem, dass die Beitragszahler bereits in jungen Jahren darauf vertrauen können, im Versicherungsfall eine Altersversorgung zu erhalten, die einen gesellschaftlichen und sozialen Abstieg im Alter ausschließt. Es muss der Grundsatz gelten, dass jahrzehntelange Arbeit auch ein angemessenes Leben im Alter ermöglicht.
- Es ist falsch, den Wert der Arbeit nur nach der Höhe des erzielten Einkommens zu bewerten. Der mit der Rentenreform 1992 abgeschaffte Zeitfaktor muss daher wieder bei der Berechnung der individuellen Rente berücksichtigt werden.
- Auch im Hinblick auf eine Erwerbstätigenversicherung zeigt das Beispiel Österreich, dass die Einbeziehung der Beamtenversorgung in die soziale Alterssicherung nur gelingen kann, wenn die soziale Rentenversicherung ähnliche Bedingungen bzw. Berechnungsgrundlagen wie die Beamtenversorgung hat.
- Statt immer neue Ausnahmeregelungen zu schaffen, wäre zu prüfen, ob es nicht gerechter ist, z.B. das Drittel der persönlichen Entgeltpunkte für die Beitragszeiten mit der geringsten Bewertung auf den Durchschnitt der persönlichen Entgeltpunkte anzuheben.

#### Überweisen an

Bundesparteitag

## **2023/II/Wi/Steu/8**

### **Beschluss**

Erledigt

## **Verlässlicher Fahrplan für die Umsatzsteuergestaltung in der Gastronomie**

Siehe Bürgerschaftsdrucksache 22/12704

### **Überweisen an**

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung

**Dig Digitalisierung / Mobilfunk****2023/II/Dig/1****Beschluss**

Annahme

**Die Vorteile von KI nutzen - Grenzen künstlicher Intelligenz gesellschaftlich definieren und gesetzlich absichern**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD folgende Grundsätze und Forderungen beschließen, dass diese bei nationalen bzw. bundeslandspezifischen Einsatzrichtlinien Berücksichtigung finden:

- Eingesetzte KI muss transparent und nachvollziehbar sein.
- Öffentliche Verwaltungen, die KI einsetzen wollen, sind gehalten, vorab eine Technikfolgeabschätzung vorzunehmen.
- Bei Einsatz von KI zu sozialen Entscheidungen ist immer die Ergänzung durch eine menschliche Einzelfallentscheidung zu gewährleisten
- Es sind Einsichts- und Einspruchsrechte Betroffener zu schaffen und rechtlich zu verankern
- Persönlichkeitsschutz, Datenschutz und Schutz der Privatsphäre sind zu gewährleisten.
- Zum Schutz vor Manipulation der öffentlichen Meinung ist eine Kennzeichnungspflicht von durch KI erstellten Fotos, Texten, Videos und Audios zu schaffen.
- KI in gesellschaftlich sensiblen Bereichen wie Polizei, Justiz und sozialen Einrichtungen muss der gesellschaftlichen Kontrolle (Gremium, Institution) unterliegen.

Bildungsbereich:

- Der Einsatz von KI zur Lehr- und Lernunterstützung kann genutzt werden (enger Anwendungszweck)
- Der Einsatz von Technologien zur Beobachtung von Schulklassen im Unterricht und Analyse des Schülerverhaltens ist aufgrund des Schutzes der Privatsphäre der Schüler und Lehrkräfte nicht zuzulassen.

KI bestimmt zur Zeit vielerorts die öffentliche Diskussion und ist Bestandteil unseres Alltags. In den letzten drei Monaten machte die KI ChatGPT von sich reden. Mit ihr können lesbare, verwendbare Texte automatisch erstellt werden, eine Unterscheidung zu einem von einem Menschen geschriebenen Text ist nicht mehr ohne weiteres möglich. Die Entwicklung hat seit 2017 eine enorme Leistungssteigerung erfahren.

Die Kommunikation Mensch zu Maschine erfordert keine Programmierkenntnisse mehr, vielmehr reicht ein einfacher Sprachbefehl aus. Die automatisch erstellten Texte sind dennoch nicht fehlerfrei, aber schon sehr weit entwickelt.

Durch Text zu Bildgeneratoren (z.B. Midjourney) können beliebige (Fake) Fotos erstellt werden, die nicht der Wahrheit entsprechen und nicht dem Urheberrecht unterliegen. Ebenso können mittels KI inzwischen ganze Videos oder Audios produziert werden, die nicht der Realität entsprechen.

Die Gesellschaft droht von einer Welle nicht erkennbarer Falschnachrichten und Unwahrheiten überrollt zu werden, die eine Bedrohung und Destabilisierung des gesellschaftlichen Konsenses und der Demokratie darstellen können. Durch die gleichzeitige Verkleinerung von Computern (Smartphones, Tablets) und die rasante Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit ist KI in die Fläche gelangt und wird von der Masse genutzt. Sie birgt erhebliche Risiken zu Manipulation und Missbrauch, die reguliert und kontrolliert werden müssen.

Es gibt aber auch den Einsatz von KI zu positiven Zwecken:

- So wird KI in der Medizin zur Hautkrebserkennung eingesetzt
- in der schulischen Bildung zur Lernunterstützung
- in der öffentlichen Kommunikation und Meinungsbildung (soziale Netzwerke)
- in der öffentlichen Verwaltung (z.B. bei der Bearbeitung von Bürgeranträgen oder bei der Bearbeitung der Fälle zum Dieselskandal).

Wichtig ist in allen diesen Fällen, wo Menschen von durch KI getroffenen Entscheidungen betroffen sind, dass niemals menschliche Einzelbeurteilungen ausgelassen werden. Insgesamt stellt der Einsatz von KI die Gesellschaft vor erhebliche komplexe Herausforderungen, auf die schnellstmöglich mit einem breiten demokratischen, gesellschaftlichen Diskurs reagiert werden sollte.

So ist auch die Forderung nach einem Moratorium des Trainings von KI für ein halbes Jahr durch 1000 Unterzeichner (Experten und Prominente) zu verstehen:

KI verfügt über enorme Potentiale, aber weder über theoretische noch praktische Vernunft oder Ethik. Sie ist auf keinen Fall fehlerfrei !

Es gibt bereits rechtliche Rahmenrichtlinien, die auf die Herausforderungen der KI reagieren.

Dazu gehören

- Mediengesetze
- Codizes einzelner Unternehmen

Durch die EU:

- Datenschutzgrundverordnung und

in Arbeit:

- Artificial Intelligence Act.

Diese Werke bilden einen regulativen Rahmen für den Einsatz künstlicher KI, der jedoch noch der Umsetzung in nationales Recht bedarf und konkretisiert werden muss. Es ergeben sich in Abhängigkeit ihrer Anwendung und der enormen Datenmengen, die zur Modellierung von KI benötigt werden, viele unterschiedliche Forderungen.

### **Überweisen an**

Bundesparteitag



---

## 2023/II/Dig/2

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Hamburg: Smart City

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

1. Hamburg soll wieder Spitzenreiter im Smart City Index werden. Zu diesem Zweck werden die sozialdemokratischen Vertreter und Vertreterinnen im Hamburger Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

- a) die Online-Terminvergabe im Standesamt und im Gewerbeamt eingeführt wird
- b) die Registermodernisierung nach dem "once-only"-Prinzip weiter vorangetrieben wird
- c) überprüft wird, ob die Zahl der Gateways in der Stadt ausreicht, um flächendeckend und in Innenräumen einen Anschluss an das Long Range Wide Area Network (LoRaWAN) zu gewährleisten
- d) die Förderung von FabLabs und Coworking-Spaces verstärkt wird.

2. Hamburg setzt sich im Bund dafür ein, dass die Neufassung des OZGs und die Registermodernisierung stärker auf die Digitalisierung des Backends in der Verwaltung setzen. Zu diesem Zweck sollen:

- a) die Möglichkeit der Schaffung einer zentralen Stelle, die Basisdienste und Schnittstellen für Onlinedienste zur Verfügung stellt, überprüft werden
- b) einheitliche, bundesweite und verbindliche Standards und Schnittstellen eingeführt werden
- c) ein einheitliches Monitoring der Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung eingeführt werden.

### Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

## 2023/II/Dig/3

### Beschluss

#### Annahme

## Beschäftigtendatenschutzgesetz jetzt!

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die Bundestagsfraktion der SPD sowie an die SPD geführten Ministerien folgendes beschließen:

Die Bundestagsfraktion der SPD sowie die SPD geführten Ministerien setzen sich dafür ein, dass das vom BMAS und BMI geplante Beschäftigtendatenschutzgesetz folgende Inhalte berücksichtigt:

#### 1. Anwendungsbereich

- 26 Abs. 8 BDSG beibehalten und um folgende Gruppen erweitern: Beamte:innen, Praktikanten:innen, Ehrenamtliche, Betroffen aus den Bereichen, Kandidaten von social Recruiting und Headhunting (potenzielle Bewerber:innen).
- Arbeitgebende sind zu definieren.

#### 1. Konkrete Regelungen für das Bewerbungsverfahren

- Verantwortlichkeiten definieren
- Beginn des Bewerbungsverfahrens definieren
- Abfragen bei Dritten (z.B. frühere Arbeitgebende) und in sozialen Medien sind konkret zu regeln

#### 1. Konkrete Regelungen für den konzerninternen Datenverkehr

- Verantwortlichkeiten definieren
- Fallgruppen bilden

#### 1. Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen

- Strenge Dokumentationspflichten, Zugriffsrechte, Anforderung an die Zweckbindung, weitere Verarbeitung sowie nachträgliche Benachrichtigungspflichten nach Abschluss der Maßnahme im Gesetz aufgenommen werden.

- Dauerhafte Überwachung nur in eng begrenzten Ausnahmefällen. Diese Fallgruppen sind im Gesetz aufzulisten. Betroffene sind vor Beginn vollumfänglich zu informieren (Transparenzpflichten). Betroffenen wird die Gelegenheit gegeben, jederzeit – sofern vorhanden – die Aufzeichnungen einzusehen oder anzuhören.
  - Verdeckte Überwachung ausschließlich zum Schutz von berechtigten Interessen. Diese Interessen sind in Fallgruppen im Gesetz aufzulisten.
  - Offene Überwachung nur als Ausnahme, nicht als Regel zulassen. Arbeitsbereiche von miterfassten Beschäftigten, die sich dort nicht nur vorübergehend aufhalten, müssen dauerhaft verpixelt/ geschwärzt werden. Zudem dürfen die Daten in der Regel nicht zu Zwecken der Verhaltens- oder Leistungskontrolle genutzt werden.
  - Überwachung in sensiblen Bereichen (Umkleide, Pausen- oder Aufenthaltsräumen, Sanitärbereichen) ist grundsätzlich unzulässig.
1. Konkrete Regelungen für prozessuale Beweisverwertungsverbote schaffen
  2. Konkrete Regelungen für den Betriebsrats schaffen
    - Wahrnehmung von Betroffenenrechten
    - 79 a BetrVG berücksichtigen
    - Pflichten gegenüber Arbeitgebenden konkretisieren
    - Rechte des Arbeitgebenden konkretisieren
    - Rechte des betrieblichen Datenschutzbeauftragten gegenüber dem Betriebsrat
1. Bisherige Rechtsprechung des BAG berücksichtigen
  2. Evaluierung des Gesetzes
    - Das Gesetz muss spätestens nach zwei Jahren evaluiert werden. Das Ergebnis ist ein Jahr nach Ablauf des Evaluierungszeitraumes dem Bundestag vorzulegen.

## Überweisen an

Bundestagsfraktion

## 2023/II/Dig/4

### Beschluss

#### Annahme

## **Unterstützung älterer Menschen bei der Nutzung und Anwendung digitaler Technik auch durch Digitalmentor\*innen über die Haushaltsjahre 2022/2023 hinaus sichern**

Die durch die Corona-Pandemie verstärkt sichtbar gewordenen Vereinsamungstendenzen von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern haben die Politik veranlasst, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Um die Folgen der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen zu mildern, wurde schwerpunktmäßig ein Projekt/Programm zur Stärkung der digitalen Teilhabe älterer Menschen aufgelegt.

Für die digitale Ausstattung von Treffpunkten und Senior\*innen-Beiräten wurden Euro 400.000,- aus Corona-Sondermitteln bereitgestellt. Darüber hinaus wurden 2022 über 150 Digitalmentorinnen und -mentoren geschult, die hamburgweit ältere Menschen in und außerhalb von Treffpunkten im Umgang mit digitalen Endgeräten unterstützen sollen. Diese Haushaltsmittel wurden in der Anlaufphase bis Ende 2022 zur Verfügung gestellt und sind in der Realisierung der Unterstützung älterer Menschen bei der digitalen Teilhabe auch für 2023 fortgeschrieben worden. Wegen großen Zuspruchs und fortbestehenden Bedarfs ist das Digitalmentor\*innenprojekt auch für die weitere Zukunft abzusichern. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass den ehrenamtlich tätigen Digitalmentor\*innen ihr finanzieller Aufwand insbesondere in Gestalt von Fahrtkosten ersetzt wird.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Funktion der Digitalmentor\*innen muss des großen Zuspruchs wegen haushalterisch über die Jahre 2023/2024 abgesichert werden, da davon auszugehen ist, dass die Senior\*innen insbesondere in Wohn- und Pflegeeinrichtungen und Senior\*innenbeiräten auch über die Jahre 2023 und 2024 hinaus dringend Hilfe und Unterstützung benötigen. Digitalmentor\*innen sind ihre Fahrtkosten zu ersetzen.

Weiter sollten die Angebote der Träger für die digitale Unterstützung der Senior\*innen gemäß der Vorgabe bzw. der Leistungsbeschreibung, übersichtlich und gebündelt in Printmedien, aber auch in Radio- und Fernsehsendern, mit konkreten offenen Terminen und Ansprechpersonen dargestellt werden.

Es ist eine geeignete Internetplattform zu entwickeln, auf der sich Senior\*innen jederzeit informieren können.

Der Landesparteitag fordert den Senat auf, bei zukünftigen Haushaltsplanungen den Einsatz von Digitalmentor\*innen, die Veröffentlichung der Angebote sowie das Upgrade von Software sicherzustellen.

**Überweisen an**

Senat

**Bez Bezirke****2023/II/Bez/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Mehr öffentliche Toiletten einrichten**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert,

a) bestehende öffentliche Toiletten in einem angemessenen Zustand zu erhalten, sowie

b) ein Konzept zu entwickeln, das perspektivisch innerhalb eines festgelegten Radius ausreichend öffentliche Toiletten und genderneutrale Wickelräume zur Verfügung stellt.

2. Die Stadtreinigung wird gebeten, eine Kampagne zu entwickeln, ähnlich derjenigen für Müllbehälter, um auf die Standorte der Toiletten und Wickelräume hinzuweisen und ihre leichtere Auffindbarkeit zu gewährleisten.

3. Das bewährte Konzept der "nette Toilette" sollte in die Planungen einbezogen werden, um die Umsetzung zu vereinfachen und zu beschleunigen.

**Überweisen an**

Senat

## 2023/II/Bez/2

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Projekte in den Bezirken erfolgreich umsetzen**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder von Senat und Bürgerschaft werden aufgefordert, ab dem nächsten Haushalt eine angemessene Aufstockung des investiven und konsumtiven Quartiersfonds vorzubereiten und vorzunehmen, um weiter einen Beitrag dazu zu leisten, wichtige Projekte in den Bezirken auch in haushalterisch schwierigen Zeiten abzusichern.

#### **Überweisen an**

Senat und Bürgerschaft

## Org Organisation

**2023/II/Org/1**

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

## **Mentoringprogramm erweitern - Für mehr Diversität in der Partei und den Parlamenten**

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die SPD Hamburg möge gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften für Migration & Vielfalt, Selbst Aktiv, SPD Queer, den Jusos und/oder der SPD Frauen Hamburg ein Mentoringprogramm erarbeiten und anbieten. Dieses soll neben dem Mentoringprogramm der Frauen ein generelles Mentoringprogramm sein, das besonders an Neumitglieder und/oder neue Funktionsträger (z.B. erstmals antretende BV-Kandidierende) gerichtet sein soll. Auch Mitglieder mit Migrationsbiografie, mit Behinderung, und junge oder queere Genoss\*innen können mit diesem Programm gezielt gefördert werden.

Als Mentor\*innen sollen Funktions- und Mandatsträger\*innen aus sämtlichen hamburgischen SPD-Gliederungen und Fraktionen das Programm unterstützen. Sie sollen auf ihre Rolle vorbereitet werden und beteiligen sich dann an der Umsetzung.

### **Überweisen an**

SPD Hamburg



## 2023/II/Org/2

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Inklusion ist ein Menschenrecht – Barrierefreiheit sukzessive herstellen

Der SPD-Landesparteitag und der SPD-Landesvorstand mögen beschließen:

Barrierefreiheit ist Voraussetzung für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben, das schließt die politische Teilhabe am Parteileben ein. Unsere Partei nimmt das Thema Barrierefreiheit in unserem Parteileben weiter in den Fokus und versteht die von Deutschland ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention als Leitlinie für die Parteiarbeit in ihren Gliederungen. Dafür bitten wir die Landesorganisation hamburgweite Handlungsempfehlungen zu entwickeln und perspektivisch zu prüfen, wie die hierfür notwendigen Maßnahmen durch die Gliederungen finanziert werden können. Insbesondere soll geprüft werden,

wie die folgenden Punkte sukzessive weiter umgesetzt werden können:

1. Die zentrale Webseite der SPD Hamburg soll in Hörfassung verfügbar sein.
2. Neben verteiltem Informationsmaterial zu Wahlprogrammen o.ä. in verschiedenen Sprachen, sollen Wahlprogramme zur Bürgerschaftswahl in leichter Sprache und in Blindenschrift zur Verfügung gestellt werden.
3. Zu wichtigen großen Veranstaltungen (z.B. Wahl-Landesparteitage) sollen Schriftdolmetscher\*innen oder Gebärdensprachdolmetscher\*innen organisiert werden, sofern sie benötigt werden und vorher angemeldet wurden.
4. Bei Parteiveranstaltungen soll aus Respekt vor unseren älteren und mobileingeschränkten Genoss\*innen darauf geachtet werden, dass die Veranstaltungen gut und barrierefrei erreichbar sind.

### Überweisen an

SPD Hamburg

**2023/II/Org/3**

**Beschluss**

Erledigt

**Nachwahl Kreisvorsitzende**

Überweisen an

SPD Hamburg

---

## 2023/II/Org/4

### Beschluss

#### Annahme

## Professionelles Erklärvideo zur Formulierung von Anträgen

Der SPD Landesparteitag Hamburg möge Folgendes beschließen und dem SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Der SPD-Parteivorstand soll die Finanzierung, Vorbereitung und Produktion eines professionellen Erklärvideos zum Thema „Wie schreibe ich einen Antrag?“ veranlassen.

Dabei soll Folgendes beachtet werden:

- Das Video soll barrierefrei sein, d.h. es sollen verschiedene Versionen verfügbar sein. Z.B.

o in leichter Sprache

o in einer Untertitelten Version, deren Tempo an die Lesegeschwindigkeit angepasst ist

o mit Gebärdendolmetschung

- Das Video soll in einem ersten Kapitel erklären, welches Parteiorgan Antragsrecht an welches andere Parteiorgan hat.
- Es soll auf der Website der Bundespartei verfügbar sein und in die Websites anderer Organisationseinheiten problemlos einzubinden sein.
- Es soll in einer bei der Entwicklung des Videos geplanten Kampagne bundesweit beworben werden.
- Es soll Hinweise enthalten, an wen sich Antragstellende bei Fragen wenden können.

#### Überweisen an

Bundesparteitag

---

## 2023/II/Org/6

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Ombudsstelle

Der Landesparteitag möge beschließen, das Organisationsstatut der SPD Hamburg um den folgenden § 27a zu ergänzen:

- 27 a Ombudsstelle:
  1. Der Landesvorstand wählt in seiner ersten Sitzung nach dem Wahlparteitag einen Antidiskriminierungsausschuss (Ombudsstelle), der aus vier sachkundigen Mitgliedern der Landesorganisation Hamburg zu bestehen hat. Der Ombudsstelle dürfen nicht mehr als zwei Personen des jeweils gleichen Geschlechts angehören. Die Mitglieder der Ombudsstelle dürfen weder dem Landesvorstand, der Landes-Schiedskommission, einem Kreisvorstand noch einer der Kreis-Schiedskommissionen angehören.
  2. Jedes Mitglied der Landesorganisation Hamburg kann die Ombudsstelle anrufen und um Schlichtung oder Vermittlung bitten, wenn diese Person meint, durch eine Gliederung, ein Organ oder ein Mitglied der Landesorganisation Hamburg aus rassistischen Gründen, wegen der ethnischen Herkunft, der sozialen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Identität oder aus anderen Gründen benachteiligt, beleidigt, herabsetzend behandelt, belästigt oder in anderer Weise diskriminiert worden zu sein. Die Anrufung hat in Textform (E-Mail genügt) unter Schilderung des Sachverhaltes und Nennung der beteiligten Personen zu erfolgen. Die Anrufung ist an die Geschäftsstelle der Landesorganisation Hamburg zu übermitteln, welche die Anrufung vertraulich behandelt und ausschließlich an die Ombudsstelle weiterleitet.
  3. Nach ihrer Anrufung bemüht sich die Ombudsstelle, den der Anrufung zugrundeliegenden Sachverhalt aufzuklären und bewerten. Hierzu können die Mitglieder der Ombudsstelle mit den beteiligten Personen und – soweit zur Aufklärung und Bewertung des Sachverhaltes sinnvoll – auch mit dritten Personen Kontakt aufnehmen und diese um sachdienliche Informationen bitten. Sollten in der Anrufung bestimmten Personen oder Organen Vorwürfe gemacht werden, ist diesen der Text der Anrufung zu übermitteln und von der Ombudsstelle Gelegenheit zur Stellungnahme und Erwidern zu geben.

Dritten Personen, denen in der Anrufung keine Vorwürfe gemacht werden, kann die Ombudsstelle den Text der Anrufung, den Sachverhalt oder den Inhalt der erhobenen Vorwürfe nur mit Zustimmung des die Anrufung betreibenden Mitglieds übermitteln oder mitteilen. Im Übrigen kann der Landesvorstand eine Geschäftsordnung der Ombudsstelle erlassen.

4. Die Ombudsstelle bewertet den Sachverhalt und unterbreitet den beteiligten Personen, Gliederungen oder Organen Vorschläge zur sachgerechten Behandlung des Sachverhalts und zur Lösung aufgetretener Konflikte.
5. Die Ombudsstelle ist weder dem Landesparteitag noch dem Landesvorstand rechenschafts- oder berichtspflichtig. Die gegenüber der Ombudsstelle gemachten Angaben und Sachverhaltsschilderungen werden von der Ombudsstelle auch gegenüber dem Landesparteitag und dem Landesvorstand vertraulich behandelt. Der Landesvorstand hat die Arbeit der Ombudsstelle angemessen zu unterstützen.

### **Überweisen an**

SPD Hamburg

**Ini Initiativantrag****2023/II/Ini/1****Beschluss**

Annahme

**Resolution: Nie wieder ist jetzt! Solidarität mit Israel, allen zivilen Opfern und mit den in Hamburg lebenden Jüdinnen und Juden**

Der terroristische Überfall der Hamas auf Israel ist eine Zäsur. Nicht nur für Israel und für Jüdinnen und Juden weltweit, sondern für uns alle. Die Hamas-Terroristen tragen die Verantwortung für diesen barbarischen Akt der Gewalt und seine Folgen. Sie sind verantwortlich für das Leid der Menschen in Israel und den palästinensischen Gebieten. Unter Krieg und Terror leidet zuallererst die Zivilbevölkerung, darunter insbesondere Familien, Frauen, Kinder und ältere Menschen. In den letzten Wochen sind in Israel und Palästina tausende Menschen ums Leben gekommen. Unsere Gedanken sind bei allen Opfern in Israel und Gaza, ihren Angehörigen und denen, die auch mehr als einen Monat nach den Überfällen um das Leben der verschleppten Geiseln bangen müssen.

I. Die SPD Hamburg ist solidarisch mit unseren Freundinnen und Freunden in Israel. Mehr noch: Wir haben uns als Gesellschaft zum Schutz der Sicherheit Israels verpflichtet. Die fortdauernden Angriffe auf israelische Städte, die Terrorakte gegen die israelische Bevölkerung und die Geiselnamen müssen sofort und bedingungslos beendet werden. Zugleich sehnen wir uns gemeinsam mit vielen Menschen weltweit nach Frieden in der Region und fordern humanitäre Hilfen für Gaza und den Schutz der dort lebenden Zivilbevölkerung.

II.

Dass in diesen Tagen Jüdinnen und Juden auch in unserer Stadt um ihre Sicherheit fürchten, ist beschämend. Als Heimat einer der größten jüdischen Gemeinden in Deutschland steht Hamburg an der Seite seiner jüdischen Bewohnerinnen und Bewohner. Wir stehen ein für ihren Schutz vor antisemitischer Hetze oder Gewalt sowie für die unbedingte Freiheit jüdischen Lebens. Wir stehen ein für das Miteinander in Vielfalt in der toleranten Stadt Hamburg, in der Menschen jüdischen, muslimischen, christlichen, eines anderen oder keinen Glaubens zusammenleben können.

Die religiösen Gemeinden in Hamburg sind hier vorbildlich vorgegangen: Kurz nach dem Terrorangriff der Hamas trafen sich die offiziellen Vertreter der Hamburger Moscheen mit der jüdischen Gemeinde, um gemeinsam die Angriffe zu verurteilen und die Toten zu betrauern.

III. Seit dem 7. Oktober brechen sich antisemitischer Hass und Hetze Bahn – nicht nur in anderen Ländern oder in den sozialen Medien, sondern auch hier bei uns. Deshalb müssen und werden wir deutlich machen: Antisemitismus, ganz gleich in welcher Form, hat in unserer weltoffenen Stadt keinen Platz. Wir begrüßen das entschlossene Handeln des Senats, gewaltverherrlichenden Demonstrationen in Hamburg keinen Raum zu geben. Die Verbreitung von Hass auf unseren Straßen werden wir nicht dulden. Jede Rechtfertigung der Terrorangriffe, jede Verhöhnung der Opfer, jedes Infragestellen des Existenzrechts Israels werden wir unterbinden.

IV. Wir setzen uns in enger Partnerschaft mit der Jüdischen Gemeinde dafür ein, dass die notwendigen Schutzmaßnahmen für alle Einrichtungen des jüdischen Lebens in Hamburg ergriffen werden. Und wir halten es außerdem für nötig, Antisemitismus zivilgesellschaftlich den Kampf anzusagen, indem wir die Aufklärung verstärken. Kämpfen wir gemeinsam für eine bessere und menschliche Gesellschaft und gegen jeden Antisemitismus in Hamburg! Nie wieder ist jetzt!

**2023/II/Ini/2****Beschluss****Annahme in geänderter Fassung****Kriminalisierung von Seenotrettung im Mittelmeer streichen**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Mitglieder der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates, die Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, dass die bereits vom Bundeskabinett beschlossene Fassung des Rückführungsverbesserungsgesetzes dahingehend geändert wird, dass die Handlungen ziviler Seenotretter\*innen nicht der Gefahr der Kriminalisierung ausgesetzt werden.



**2023/II/Ini/3****Beschluss**

Annahme

**Heizkosten nicht weiter anheizen**

Wir fordern die Mitglieder der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, die Mitglieder des Hamburgischen Senats, die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die Mitglieder der Bundesregierung auf, sich gegen die frühzeitige Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme zum 01.01.2024, und für die Einhaltung der ursprünglich geplanten Dauer bis zum 31.03.2024 einzusetzen.